

Leuphana Universität Lüneburg
FACHSCHAFT BILDUNG
Scharnhorststraße 1
Gebäude 1 – Raum 314a
21335 Lüneburg

Landesverband Niedersachsen

Josef Voß
Landesgeschäftsführer

Landesgeschäftsstelle
Odeonstr. 4 - 30159 Hannover
Telefon (049) 511 - 12 60 85 22
Telefax (049) 511 - 12 60 85 85
geschaeftsfuehrung@
gruene-niedersachsen.de

Hannover, 13.09.2017

Schließung des Masterstudiengangs Bildungswissenschaften

Sehr geehrter Herr Thiel,

vielen Dank für Ihre Anfrage zur Schließung des Masterstudiengangs
“Bildungswissenschaften - Educational Science”.

Im konkret beschriebenen Fall des Masterstudiengangs Bildungswissenschaften handelt es sich um einen Studiengang, der nicht ausgelastet ist. Aus Sicht der Landeshochschulplanung ist wichtig, dass an den Universitäten vorhandene Kapazitäten möglichst umfassend ausgelastet werden und damit möglichst viele Studieninteressierte einen Studienplatz erhalten können. Freie Kapazitäten werden insbesondere in der Lehrerbildung benötigt, welche von dieser Schließung nicht negativ betroffen ist. Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudienganges mit Lehramtsoption an der Universität Lüneburg, die einen bildungswissenschaftlichen Masterstudiengang studieren möchten, haben diese Möglichkeit weiterhin u. a. in Oldenburg, Hannover und auch Hamburg.

Die innerhochschulische Prüfung und Entscheidung über eine mögliche Schließung eines Studiengangs erfolgt durch das Präsidium. Dem Senat sowie dem Fakultätsrat steht die Möglichkeit einer Stellungnahme zu, die finale Entscheidung wird jedoch im Präsidium getroffen. Entscheidet dieses gegen die abgegebenen Stellungnahmen, ist dies aus grüner Sicht nicht zu begrüßen, aber rechtlich nicht zu beanstanden.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Studierendenvertretungen zukünftig mehr gehört werden. Die Senate und Fakultätsräte müssen die gleichberechtigte Beteiligung aller Statusgruppen ermöglichen und verstärkt die strategische Entwicklung innerhalb der Hochschulen mitgestalten.

Für uns gilt der Grundsatz: Wissen schafft neue Perspektiven und eröffnet Chancen. Deshalb haben wir es auch zu einem Schwerpunkt Grüner Politik gemacht, die Beteiligungskultur an den Hochschulen zu verbessern. Das grün-geführte Wissenschaftsministerium hat dafür wichtige Rahmenbedingungen geschaffen. So haben die Senate als demokratisch gewählte Gremien, in denen alle Statusgruppen der Hochschulen vertreten sind, mit der Reform des Niedersächsischen Hochschulgesetzes mehr Rechte erhalten und wurden gestärkt. Studierendenvertretungen und Personalvertretung haben ebenso wie die Gleichstellungsbeauftragten mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bekommen. Durch die Einführung der Studierendeninitiative haben wir, im Sinne eines studentischen Bürgerbegehrens, ein neues Beteiligungsinstrument eingeführt, um studentischen Belangen mehr Sichtbarkeit und Gewicht zu verleihen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben, sich zu beteiligen. Für demokratische Hochschulen haben die Senate und Fakultätsräte eine zentrale Bedeutung. Mit der Reform des Niedersächsischen Hochschulgesetzes haben Grüne die Möglichkeit geschaffen, dass auch Studierende Mitglied des Präsidiums werden können.

Wir wollen insbesondere die Mitbestimmung der Studierenden weiter stärken. Daher haben wir in unserer Regierungsarbeit auch der LandesAstenKonferenz als landesweite Interessenvertretung der Studierenden mehr Gehör verschafft. Ein positives Beispiel sind für uns auch die Studienqualitätskommissionen, die mindestens zur Hälfte mit Studierenden besetzt sind. Die Studierenden bestimmen entscheidend mit, wie die zusätzlichen Mittel des Landes eingesetzt werden, um Lehre und Studienbedingungen zu verbessern. Auch in weiteren Bereichen, in denen verfassungsrechtlich keine Mehrheit der Professor*innen vorgeschrieben ist, möchten wir mehr Beteiligungsrechte für Studierende und Beschäftigte schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Voß', written in a cursive style.

Josef Voß